

---

## Haushaltsrede des Vorsitzenden der AfD-Fraktion im Stadtrat Ludwigshafen für den Haushalt 2022

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrter Herr Beigeordneter Schwarz,

werte Kolleginnen und Kollegen,

sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

am 16. Dezember 2020 entschied der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz, dass die Neufassung des Landesfinanzausgleichsgesetzes (LFAG) zum 01.01.2014 verfassungswidrig war. Der VGH stellte fest, dass sich die kommunale Finanzausstattung nicht am konkreten Bedarf der Kommunen orientiere und die seit 2007 bestehende Unvereinbarkeit des im LFAG geregelten Kommunalen Finanzausgleichs mit der Landesverfassung durch die Neufassung 2014 nicht behoben wurde.

Das Land agiert also, was die Finanzausstattung seiner Kommunen angeht, seit nunmehr 14 Jahren verfassungswidrig!

Mit katastrophalen Folgen für seine Kommunen!

So musste die Bertelsmann-Stiftung bei einem Vergleich kommunaler Verschuldung für das Jahr 2019 feststellen, dass sich die Situation in Rheinland-Pfalz, gemessen an den bereits finsternen Vorjahren, noch einmal drastisch verschlechtert hatte, obwohl das eigentlich gar nicht mehr möglich schien: Nun kamen von den 100 höchst verschuldeten Städten und Kreisen in Deutschland erstmals 30 aus Rheinland-Pfalz, von den 20 meist verschuldeten elf.

In dem Jahr wohl gemerkt, für das das statistische Landesamt Rheinland-Pfalz von einem „Höchststand bei Steuereinnahmen“ sprechen konnte!

Wurde dieser Höchststand von der Landesregierung zum Anlass genommen, ihren Kommunen bei der Schuldentilgung unter die Arme zu greifen, wie dies mit

---

sichtbaren Erfolgen Niedersachsen und Hessen oder – seit 2020 – das Saarland getan haben?

Nein!

Dem seit 2010 aufgelegten Programm zur Entschuldung der Kommunen hat die Bertelsmann-Stiftung weitgehende Wirkungslosigkeit attestiert, dennoch verweigert die Landesregierung – allen Gerichtsurteilen zum Trotz – vehement weiteren Hilfen, was dazu geführt hat, dass rheinland-pfälzische Kommunen im Vergleich zu anderen Ländern weniger Geld für existentielle Investitionen in Schulen, Straßen, Brücken oder in den ÖPNV ausgeben und damit im bundesweiten Vergleich aller Bundesländer auf Platz 15 abgesunken sind!

Und das, obwohl allein in den kreisfreien Städten die Hebesätze für die Grundsteuer nach Zahlen des Landesrechnungshofs zwischen 2009 und 2019 im Schnitt um 72 Prozentpunkte, in den Kreisen immer noch um 64 Prozentpunkte gestiegen sind und sich die Verschuldung trotz allem stetig vergrößert hat.

Ein Teufelskreis, denn steigende Steuern und Abgaben bei sinkenden Investitionen in die Infrastruktur führen keineswegs dazu, dass Kommunen für Einwohner und Unternehmen attraktiver werden. Das Gegenteil ist der Fall.

Auch die Eckdaten dieses uns hier vorliegenden Haushaltsplans zeigen diese Misere auf: Rund 170 Millionen Euro Defizit im Bereich der sozialen Sicherung treffen auf Einnahmen von 7,8 Millionen Euro durch die bereits eingepreiste, wenn auch noch gar nicht beschlossene Grundsteuererhöhung.

Eine Erhöhung, die auf die Mieter umgelegt werden kann und daher meist auch wird, so dass sich die finanzielle Lage vieler Menschen und damit die soziale Situation der Stadt mit Sicherheit nicht verbessert.

Wer weiß, ob diese Erhöhung angesichts ohnehin drastisch steigender Energie- und Verbraucherpreise nicht gar auch irgendwann im Bereich der sozialen Sicherung und unserem strukturellen Defizit negativ zu Buche schlägt.

Und wofür?

Nur dafür, dass die ADD uns – mit etwas Glück! – erlaubt, uns mit dieser unverschuldeten, ausgewogenen, stetig verschlimmernden und nicht nur in finanzieller

---

Hinsicht, sondern auch für das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung existentiell bedrohlichen Situation einfach weiter abfinden zu dürfen.

Denn an der völlig unannehmbaren finanziellen Situation unserer Stadt ändert sich auch weiterhin nichts:

Der Haushaltsplan ist – wie seit langem – nicht ausgeglichen und damit verfassungswidrig.

Ludwigshafen kann sich trotz im Landesvergleich sehr hohen Steuereinnahmen von 1885 Euro pro Kopf die wenigen freiwilligen Leistungen, die – gemessen an früher – überhaupt noch gestemmt werden können, eigentlich gar nicht mehr leisten.

Ludwigshafen wird sich – anders als in der vergangenen Hauptausschusssitzung von der ADD behauptet – nie mehr aus eigener Kraft aus dieser Schuldenspirale befreien können. Schon gar nicht, wenn sich die tägliche Zinslast von 75.000 Euro bei nicht allzu unwahrscheinlichen Veränderungen noch vergrößert.

Die Vorstellung des rheinland-pfälzischen Haushaltsentwurfs durch Finanzministerin Doris Ahnen ließ denn auch erkennen, dass sich die Landesregierung offensichtlich nicht nur bezüglich der Vergangenheit keiner unzureichend erfüllten Verpflichtung oder gar Schuld bewusst ist, sondern ihren verfassungswidrigen Kurs zum Schaden Ludwigshafens und der übrigen rheinland-pfälzischen Kommunen und aller ihrer Bürger ohne auch nur kosmetische Änderungen fortzuführen gedenkt.

So verwundert es auch nicht, dass von dem dreistelligen Millionenbetrag, der vermutlich dank eines einzigen Pharmaunternehmens an zusätzlichen Steuern in rheinland-pfälzische Kassen gespült wurde, kein einziger Cent für die Tilgung kommunaler Schulden vorgesehen ist und gar von etwaigen Entschädigungen für die finanziellen Folgen von 14 Jahren kontinuierlichem Verfassungsbruch kein Verantwortlicher auch nur reden will.

Der Oberbürgermeisterin ist diese Situation klar, kritisierte sie schließlich den fehlenden finanziellen Ausgleich für immer mehr Leistungen, die Landesregierung den Kommunen ohne zusätzliche Finanzmittel zur Erfüllung zuweist und fasste den eigenen Handlungsrahmen kurz und treffend zusammen: „Wir sind immer am Ende der Kette.“

---

Eine Kette, die die rheinland-pfälzischen Kommunen und aufgrund seiner Sozialstruktur gerade auch Ludwigshafen zu erwürgen droht und die daher endlich zerbrochen werden muss.

Die AfD-Fraktion im Stadtrat Ludwigshafen sieht sich angesichts dieser Situation außerstande, diesem Haushaltsplan zuzustimmen, so bitter die Folgen für Ludwigshafen sein werden, wenn, wie von der Oberbürgermeisterin bereits angekündigt, beispielsweise ab 1. Januar alle Schwimmbäder, das Theater oder die Stadtbibliothek geschlossen werden müssen.

„Wer sich dem Haushalt verweigert, muss das den Bürgern erklären“, ließ die Oberbürgermeisterin daher vor kurzem in der Presse verlauten. Sie richtete diese Mahnung an die Mitglieder des Stadtrats, die also wieder für die mittlerweile offenbar bewusst kalkulierten Verfehlungen und Rechtsbrüche Anderer die Verantwortung übernehmen und – zum wiederholten Male! – einen verfassungswidrigen Haushaltsplan beschließen sollen. Einen Haushaltsplan, von dem man nicht einmal weiß, ob er, da nicht ausgeglichen, nicht doch von der ADD beanstandet und zurückgewiesen wird.

Hier irrt die Oberbürgermeisterin!

„Erklären“ müssen das den Bürgern die politisch für diese Situation Verantwortlichen.

Und das sind – und hier darf ich der Einfachheit halber aus meiner Haushaltsrede von vor einem Jahr zitieren – „die Landesregierung, die seit Jahrzehnten von sozialdemokratischen Ministerpräsidenten geführt wird, deren zweifellos vorhandene politische Strahlkraft auch die SPD in Ludwigshafen lange Zeit von den aus kommunaler Sicht fragwürdigen politischen Erfolgen ihrer Partei im Land profitieren ließ, und das, obwohl diese Erfolge stets mit armen rheinland-pfälzischen Städten, mit einem armen Ludwigshafen einhergingen“ sowie die Ludwigshafener Landtagsabgeordneten, ohne deren Vertrauen und Zustimmung die Regierung nicht so lange so hätte handeln können, wie sie es tat.

Wir Stadträte müssen hier nichts erklären.

Wir sind schließlich nur am Ende der Kette.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Johannes Thiedig  
Vorsitzender der AfD-Fraktion im Stadtrat Ludwigshafen